

Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden zum Doppelhaushalt 2024 / 2025 hier: Haushaltsrede im Wortlaut – es gilt das gesprochene Wort

Arnsberg, 27. Juni 2024

FDP-Fraktion im Rat der Stadt
Arnsberg
Rathausplatz 1
59759 Arnsberg

M: info@fdp-fraktion-arnsberg.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor einigen Wochen besuchte ich einen mittelständischen Industriebetrieb hier in Arnsberg. Ein Unternehmen mit traditioneller und typischer Geschichte: Inhabergeführt, innovativ und sozial engagiert. Und doch steht der Geschäftsführer vor großen Sorgen wie es weiter geht. Er stellte mir die Frage: „Herr Wagner, warum fühlt es sich seit einiger Zeit so an, als würden wir auf der Stelle stehen? Warum fühlt es sich so an, als seien wir wie gelähmt?“.

Warum erzähle ich Ihnen diese kleine persönliche Anekdote? Weil sie symptomatisch ist für den Zustand, in dem sich unsere Gesellschaft und unsere Stadt befindet. Verunsichert durch multiple Krisen der vergangenen Jahre schlagen die Konsequenzen ebendieser jetzt voll durch. Wirtschaftliche Schwäche, massiv gestiegenes Lohn- und Preisniveau oder drohende Überschuldung: All diese Probleme sind jetzt auch im städtischen Haushalt angekommen.

Das Gefühl auf der Stelle zu treten oder wie gelähmt zu sein, das sind Symptome für fehlende Innovationen. Das sind Symptome für Entscheidungen, die nicht getroffen worden sind, weil sie unbequem sind.

Und jetzt stehen wir vor der Herausforderung, dass dieser Haushalt nur unter starken Schmerzen zusammengestellt werden konnte. Seit Monaten warnt der Kämmerer vor der sich verdunkelnden Haushaltssituation. Stark steigende Zinsaufwendungen, ausufernde Kassenkredite, gestiegene Kosten.

Projekte

Arnsberg hat viel vor. Wir wollen Millionen in unsere Infrastruktur, in Schulen, in Gebäude, in Straßen und Brücken investieren.

Wir investieren in das Rathaus, weil es nach so vielen Jahrzehnten kein guter Ort für eine agile und moderne Verwaltung mehr ist. Wir investieren in neue KiTas damit die Kleinsten eine standortnahe Betreuung erhalten. Und wir investieren in Schulen damit die heranwachsenden die besten Bedingungen für beste Bildung erhalten.

Der Investitionsstau bleibt weiterhin massiv. Denn es ist die Politik, die mit jedem Haushalt neu die Prioritäten festlegt. Die entscheidet was ist wichtig und was kann noch warten. Denn es ist bequemer und kommt gut in der Öffentlichkeit an, wenn man rote Bändchen durchscheiden kann.

Es ist hauptsächlich diese Schwarz-Grüne Ratsmehrheit die dafür gesorgt hat, dass Prioritäten falsch gesetzt wurden. Und das sie mit Steuergeld nicht umgehen können, dass haben sie ja bereits seit 2018 gezeigt.

Als die Verwaltung vorgeschlagen hat ein neues Lehrschwimmbecken am NASS zu bauen und zwei weitere zu sanieren, da haben sie den Betrag dieser drei Maßnahmen komplett für ein Lehrschwimmbecken in Herdringen verausgabt. Was heute dafür sorgt, dass wir nicht nur die Kosten für die Sanierung tragen, sondern jedes Jahr 1 Mio. € zusätzlich an Verlustabdeckung ausgleichen. Und das Becken am NASS wurde 5 Jahre später trotzdem gebaut. (TODO) Wir müssten uns wahrscheinlich gar nicht über Steuererhöhungen unterhalten hätten Sie nachhaltigere Entscheidungen in den letzten Jahren getroffen.

Personal

Nachhaltige Haushaltspolitik bedeutet aber auch Stopp zu sagen. Stopp zu einer ausufernden Personalpolitik, die immer wieder neue Stellen und Aufgaben schafft. Natürlich muss man mantrahaft Bund und Land kritisieren, dass sie immer neue Aufgaben auf die kommunale Familie abwälzt. Aber man darf auch fragen: Muss die Stadt alles tun, nur weil sie es kann?

Die vergangenen drei Doppelhaushalte wurde das Personal jeweils um rund 5% aufgestockt. Das macht 45 neue Stellen für den Doppelhaushalt 2024 / 2025. Es ist an der Zeit die Personalmehrung zu bremsen. Denn nicht für jede noch so noble Aufgabe ist noch Geld vorhanden.

Dazu haben wir konkrete Vorschläge gemacht: Abbau von Stellenmehrungen im kommunalen Ordnungsdienst und im Bereich Nachhaltigkeit zum Beispiel. Wir sind der festen Überzeugung, dass beispielsweise Aufgaben des Energiemanagements, also jemand der sich mit der Wärmeplanung in unseren kommunalen Gebäuden beschäftigt, eben keine dauerhafte Aufgabe innerhalb der Verwaltung ist. Und wo es keine dauerhafte Aufgabe gibt, da ist die Hinzuziehung von Externen geboten.

Und auch das betone ich jedes Jahr aufs Neue und würde mir hier eine neue gemeinsame Anstrengung wünschen: Wer Personal effizienter einsetzen will, wer die drohende Lücke durch die Pensionierung der Babyboomer verhindern will, der muss mehr und schneller digitalisieren. Frau Schuon ich setze da jetzt große Hoffnung in sie und ihr Referat, dass wir in zwei Jahren beim nächsten Doppelhaushalt das Thema nicht wieder hervorheben muss und auch hier nicht wieder das Gefühl aufkommt auf der Stelle zu treten.

Cyberangriff SIT

Wenn wir über Digitalisierung sprechen, dann müssen wir auch über den Cyberangriff auf die SIT reden. Da haben kriminelle Akteure im Oktober vergangenen Jahres ein ganzes Rechenzentrum verschlüsselt und somit die Arbeit von Kommunen in ganz NRW beeinträchtigt. Dieser Hackergruppe, vermutlich russischen Ursprungs, wurde es aber auch viel zu leicht gemacht. Gängige, seit über einem Jahrzehnt in der Praxis empfohlene IT-Einstellungen, wurden dort einfach nicht umgesetzt. Da darf man schon hinterfragen, welche Rolle die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat dort gespielt haben.

Die Verwaltung und eine Mehrheit hier im Rat sind der Meinung, man sollte da jetzt nicht zu vorschnell agieren und Schadensersatz an die SIT nicht geltend machen. Das ist vollkommen falsch. Denn uns sind echte Ausfälle entstanden. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler verlassen sich zurecht darauf, dass die Stadt zumindest den Versuch unternimmt ausgefallenes Geld wieder dem Haushalt zuzuführen. Das ist eine Frage der Fairness.

Grundsteuerreform

Eine Frage der Fairness ist aber auch wie gerecht man mit den Menschen dieser Stadt umgeht. Und ja, steigende Kosten, höhere Zinslasten und Investitionsstaus zwingen uns dazu über die Steuern dieser Stadt neu zu sprechen.

Wir müssen über die Grundsteuer sprechen. Da ist einerseits die Grundsteuerreform die 2025 in Kraft tritt. Die dafür sorgt, dass Grundstücke, Häuser und Immobilien neu bewertet werden. Andererseits ist da die geplante Steuererhöhung der Stadt. Zwei Ereignisse die teilweise zu signifikanten Mehrbelastungen der Bürgerinnen und Bürger führen.

Das liegt vor allem daran, dass ein Ungleichgewicht bei Gewerbe- und Wohnimmobilien entsteht. Während die einen ein gutes Stück entlastet werden, so müssen die andere deutlich mehr Grundsteuer abführen. Ein Problem, welches seit Jahren bekannt ist.

Wenn dann aber ein Öffentlichkeitsschaden für Schwarz-Grün droht, dann wird in Düsseldorf in letzter Minute ein rechtswidriges Gesetz zusammengeklebt. Immer in der Hoffnung, als großer Retter dazustehen.

Da unterscheidet sich die Schwarz-Grüne Landesregierung übrigens kaum von der Schwarz-Grünen Ratsmehrheit. Denn die ist auch immer dafür zu haben, wenn man Prestigeträchtig etwas veröffentlichen kann. Da kann man schonmal kleinere Details außen vorlassen.

Um 30% soll die Steuer weniger stark erhöht werden. Das hört sich auf den ersten Blick tatsächlich gut an und auch wir würden eine weniger starke Steuererhöhung natürlich begrüßen. Aber nur dann, wenn zukünftige Generationen dadurch nicht umso mehr belastet würden.

In der Praxis ist das Schwarz-Grüne Vorgehen nämlich Betrug am Steuerzahler. Denn das Geld, die 1,3 Mio. € die als Entlastung geplant sind, soll doch bitte die Verwaltung oder genauer der Kämmerer bringen. Der Kämmerer übrigens, den man vergangene Woche noch in höchsten Tönen für den Haushalt gelobt hat. Die 1,3 Mio. € zur Entlastung sind nämlich gar nicht da. Und wenn die in einer von der Verwaltung vorgeschlagenen Sparkommission nicht gefunden werden, dann werden diese auf die Steuer ab 2026 zusätzlich aufgerechnet. Also erst niedrigere Steuern, dafür dann nach der Wahl umso mehr. Dieses Verhalten ist absolut unehrlich.

Wir sind der Meinung, dass bevor wir die zukünftigen Generationen mit weiteren Schulden belasten, müssen wir erstmal das mehr an Schulden tilgen was durch den globalen Minderaufwand und Verlustvortrag in die kommenden Jahre weiter aufgebaut wird. Deshalb haben wir zum Haushalt ganz konkrete Vorschläge gemacht, wo die Aufgabenseite entlastet werden soll: Personalmehrung abbauen, das mobile Stadtbüro einführen, die Wirtschaftsförderung reformieren oder den Klimaschutzausschuss abzuschaffen. Und einer möglichen Sparkommission gebe ich dann gleich noch weitere Ideen mit, wo die Politik sehr schnell selbst einen Beitrag leisten kann: Indem man auf die zusätzliche Entschädigung für Ausschussvorsitze verzichtet oder die im Vergleich üppigen Budgets der Fraktionen einkürzt.

Fazit

Sehr geehrte Herr Schäferhoff, sie haben sich jetzt Monate unter widrigsten Bedingungen abgemüht einen genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen. Dazu danke ich Ihnen und Ihrem Team im Namen meiner Fraktion.

Aus Verantwortung gegenüber der Stadt hätten wir dem Ursprungsentwurf zugestimmt, denn mit dem Zukunftssicherungsplan ist dieser wenigstens ehrlich. Den neuerlichen Entwurf ergänzt durch Schwarz-Grün werden wir dagegen ablehnen.

Ob dem Unternehmer dadurch allerdings das Gefühl genommen wird auf der Stelle zu treten, man darf es stark bezweifeln...